

Fünf Fragen an Verena von Hugo

© Marcus Becker



Verena von Hugo hat in Heidelberg und Berlin VWL studiert und beim Handelsblatt verschiedene Projekte geleitet – insbesondere die Handelsblatt Bildungsinitiativen. Seit 2018 ist sie Vorstand der Flossbach von Storch Stiftung, die sich der Wirtschafts- und Finanzbildung verschrieben hat. Sie ist Co-Vorsitzende des 2020 gegründeten gemeinnützigen Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland e. V. (BÖB), dem über 70 zumeist internationale institutionelle Mitglieder angehören, die sich für eine bessere wirtschaftliche Bildung stark machen.

Im Home Schooling haben viele Eltern den Schulunterricht ihrer Kinder aus der Nähe gesehen – soweit er denn stattfand. Was konnten Eltern da mit Blick auf die ökonomische Bildung des Nachwuchses entdecken?

Dass sie nicht – oder nur in homöopathischen Dosen – stattfindet. Das war bereits vor dem Home Schooling so. Es ist quasi vom Zufall abhängig, ob Schülerinnen und Schüler eine wirtschaftlich grundständig qualifizierte Lehrkraft „abbekommen“. Der Einfluss des Elternhauses auf die ökonomische Bildung von Kindern und Jugendlichen dagegen ist groß – und eng mit dem jeweiligen sozioökonomischen Hintergrund verknüpft. Das hat mit Chancengerechtigkeit und Teilhabe nichts zu tun. Deshalb setzen wir uns als BÖB für die verbindliche Verankerung von Wirtschaft in der Schule ein. Denn nur, wenn ökonomische Bildung fest in einem Fach oder auch einem Kombinationsfach verankert ist, werden auch die Lehrkräfte entsprechend dafür ausgebildet. Und das ist notwendig, um ökonomische Bildung fachlich und wirtschaftsdidaktisch gut, also objektiv und multiperspektivisch, zu unterrichten.

Wie schlimm steht es denn um die Wirtschaftskennnisse in Deutschland, wenn es ein eigenes Bündnis braucht, um diese voranzubringen?

Licht ins Dunkel bringt nun erstmals die OeBiX-Studie (www.oebix-studie.de), die die Flossbach von Storch Stiftung beim Institut für Ökonomische Bildung an der Universität Oldenburg (IÖB) in Auftrag gegeben hat. Ergebnis: Elf von 16 Bundesländern erfüllen bei der Ökonomischen Bildung nicht einmal 50 % der Mindestanforderungen für ein normales Nebenfach.

Haben Sie einen Tipp, wie man bei Kindern die Lust auf Wirtschaftsthemen weckt?

Das Interesse und die Nachfrage unter Jugendlichen sind da, das belegen etliche Studien. Zudem bietet die ökonomische Bildung etliche Themengebiete wie Entrepreneurship Education, finanzielle Allgemein-

bildung, Verbraucher- und Wertebildung sowie Bildung für nachhaltige Entwicklung. Es gibt eine Vielzahl von Bezugspunkten zu der Lebenswirklichkeit und dem Alltag von Jugendlichen. Allen zugänglich gemacht würde dieses Allgemeinwissen eben durch eine feste Verankerung von ökonomischer Bildung im Unterricht aller allgemeinbildenden Schulen.

Manchmal wirkt es, als würden sich in Schulen oft wirtschafts- und unternehmenskritische Narrative durchsetzen.

Dass Schülerinnen und Schüler eine kritische Urteilsfähigkeit entwickeln, ist natürlich ein zentrales Ziel von Allgemeinbildung. Auch hinsichtlich wirtschaftlicher und unternehmerischer Aspekte. Derzeit ist es in der Regel so: Die zukünftigen Lehrkräfte verlassen die Schule, studieren auf Lehramt und kehren in die Schule zurück. Damit sind sie weit weg von Unternehmen, betrieblichen Prozessen und unternehmerischer Verantwortung. Es gibt viele wertvolle außerschulische Angebote. Gut ausgebildete Lehrkräfte können diese nach Bedarf als Bereicherung des Unterrichts einbinden – am besten mit unterschiedlichen Absendern bzw. Vertretern und mit Vor- und Nachbereitung. So können wertvolle Praxiskontakte für den Unterricht entstehen. Gleichzeitig wird der Gefahr von Lobbyismus der Riegel vorgeschoben. Die Lehrkraft steuert die Einbindung von Praxiskontakten – und nicht wie es bisher oft der Fall ist: die außerschulischen Angebote füllen ein Vakuum, das es mit einem Nebenfach Wirtschaft nicht geben würde.

Was schlagen Sie konkret vor?

Zunächst braucht es das politische Bewusstsein dafür, dass ökonomische Bildung nicht nur die Basis für mehr Chancengerechtigkeit und Teilhabe in unserem Land ist. Sie kann auch einen wichtigen Beitrag zur Lösung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit leisten. Konzepte gegen den Klimawandel, für einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen, gegen zunehmende Altersarmut müssen auch die ökonomische Perspektive beinhalten. So werden sie tragfähiger und steigern ihre Erfolgswahrscheinlichkeit. Unser Ziel ist es, dieses Bewusstsein auf politischer Ebene zu wecken, damit sich daraus im zweiten Schritt auch ein politischer Gestaltungswille entwickelt. Es gibt ja bereits Bundesländer, in denen es um die ökonomische Bildung an den Schulen recht gut bestellt ist – z. B. Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern. Alle drei Länder verfolgen unterschiedliche Wege der Fächerkombination und Verankerung und bieten damit unterschiedliche „Blaupausen“ für andere Bundesländer.

Die Fragen stellte Prof. Dr. Rupprecht Podszun, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.